



# Untersuchungsbericht zu Bombenangriff: Mehr Fragen als Antworten

**Pressemitteilung von Paul Schäfer, 29. Oktober 2009**

**„Der Umgang der Bundesregierung mit dem NATO-Bericht zum Bombenangriff von Kundus wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet. Die Geheimhaltungspolitik verstärkt das Misstrauen in die Schlussfolgerungen der Bundesregierung“, kommentiert Paul Schäfer den Umgang des Verteidigungsministeriums mit dem NATO-Bericht. Der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE weiter:**

„Dass der Bombenangriff militärisch angemessen gewesen sei und keine Unbeteiligten zu Schaden gekommen seien, behauptete die Bundesregierung schon zu wissen, bevor die Ereignisse auch nur ansatzweise rekonstruiert waren. Damals war auch von Gerüchten über die angeblich geplante Nutzung der festgefahrenen Tankwagen als rollende Bomben die Rede, die nach wie vor unüberprüfbar sind. Diese Rechtfertigungslinie wird dennoch bis heute gehalten.

Dass offenbar die Zahl und Identität der Opfer nur

ansatzweise festzustellen ist, beeinflusst diese Einschätzung ebenso wenig wie der Hinweis auf 30 bis 40 tote oder verletzte Zivilisten. Die Bundeswehr weiß also nicht, wen oder wie viele sie getötet hat, aber sie ist überzeugt, dass keine Unbeteiligten darunter waren. Bei der Bewertung der militärischen Angemessenheit weicht die Bundesregierung indessen ins Allgemeine aus: In Afghanistan sei es gefährlich, die Lage verschärfe sich, daher sei tödliche Gewalt legitim. Mit dieser Argumentation schafft sie sich einen Freibrief für jegliche Eskalation.

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, zur Aufklärung beizutragen, indem sie bei der NATO die Freigabe des Berichts für die Öffentlichkeit erwirkt und ihre Stellungnahme konkretisiert. Zur Vermeidung ähnlicher Vorfälle in der Zukunft ist unverzüglich der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan einzuleiten.“